

Adolf Scheef

Adolf Scheef wurde 1874 in Nürtingen geboren. Nach Abschluss einer Verwaltungslehre trat er 1896 als Erster Assistent des Stadtschultheißenamtes in den Dienst der Stadt Tübingen, wo er sich über die Stationen eines Kauf- und Pfandratschreibers (1898) sowie Grundbuchbeamten (1900) zum Bezirksnotar (1901) emporarbeitete. Seit 1911 gehörte er als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei dem Gemeinderat und seit 1912 dem württembergischen Landtag, vom Januar 1918 bis zum November 1919 auch dem Reichstag an. Nach dem I. Weltkrieg gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei in Württemberg, deren Landtagsfraktion er zwischen 1924 und 1932 vorstand. 1927 wurde er zum Tübinger Oberbürgermeister gewählt. Für die DDP war er zwischen 1924 und 1932 im Württembergischen Landtag und dort im Fraktionsvorstand tätig. (Schönhagen, S. 394, Anm. 329). Die gesamte Tübinger Rathauspitze, so auch Scheef, überstand die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten unbeschadet. Diese personelle Kontinuität erklärte sich dadurch, dass die Tübinger Nationalsozialisten jung und ungenügend vorbereitet waren, sie verfügten zudem über keine qualifizierten Verwaltungsfachleute. Adolf Scheef galt als exzellenter Verwaltungsexperte und war zudem bei der Bevölkerung beliebt. Er übte sein Amt als Oberbürgermeister bis zum altersbedingten Ende seiner Amtszeit im März 1939 aus. Auf Vorschlag seines Nachfolgers Ernst Weinmann wurde ihm 1939 die Ehrenbürgerwürde verliehen. Adolf Scheef starb 1944.

Vor 1933

1927 wurde Adolf Scheef mit über 60 Prozent der Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Bei seiner Amtseinführung verscrieb er sich der Unparteilichkeit (Stadtarchiv: F1230/9): „Leitstern meiner Amtsführung wird strengste Sachlichkeit im Dienste unserer Stadt sein. Es ist mir eine Ehrensache und ich werde mein Bestes dafür tun, dass volle Unparteilichkeit jederzeit herrscht.“ In seinen Äußerungen steht er der NSDAP ablehnend gegenüber: „Die Anschauungen dieser Partei stehen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet unseren Anschauungen entgegen. Wir halten die wirtschaftlichen Programmsätze dieser Partei für undurchführbar und die politischen Programmsätze würden im Falle der Verwirklichungen unser Volk aufs Tiefste erschüttern.“ (Verhandlungen des Württembergischen Landtags vom 19.12.1932, 166. Sitzung, S. 4099). Der versierte Verwaltungsfachmann und Finanzexperte sorgte dafür, dass die Stadt die Wirtschaftskrise relativ unbeschadet überstand und verschaffte sich somit Ansehen über die Parteigrenzen hinweg. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Zeit vor 1933 in Scheefs Biografie nur unzureichend erforscht ist, ebenso wenig wie seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten: „Warum sich der frühere demokratische Oberbürgermeister und DDP-Landtagsabgeordnete seit Frühjahr 1933 jedoch so rasch, entschieden und anhaltend dem Nationalsozialismus andiente, diese Umstände und die persönliche Motivation sind bis heute nicht völlig geklärt. Diese Frage bedarf weiterer Forschungen z.B. nach biografischen Quellen.“ (Ulmer, S. 27).

1933 – 1939

Die am 30. Januar 1935 beschlossene Deutsche Gemeindeordnung (DGO) war reichsweit die erste einheitliche Rechtsordnung für Kommunen. Das nationalsozialistische Führerprinzip hatte anstelle demokratischer Willensbildung in ihr kommunale Gesetzesform erlangt. Der Oberbürgermeister war

fortan „Führer der Gemeinde“. Die Gemeinderäte schloss die DGO von jeder Beschlussfassung aus. Entschieden wurde nicht mehr im Gemeinderat, sondern in den vier Beiräten, die die Hauptsatzung vorschrieb. „Zur Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei“ (Schönhagen, S.189) wurde in der DGO die Instanz eines Beauftragten der Partei geschaffen, der den Stadtvorstand kontrollierte. Zunächst hatte der Kreisleiter Helmut Baumert dieses Amt inne, seit 1937 Kreisleiter Hans Rauschnabel. Das Amt des Ersten Beigeordneten, der die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ bekam, erhielt 1935 der stellvertretende Kreisleiter und langjährige Fraktionsvorsitzende der NSDAP, Ernst Weinmann. Laut Schönhagen institutionalisierte die Ernennung Weinmanns zum Bürgermeister „eine Kontrolle, die dieser bereits seit 1933 ausgeübt hatte“ (Schönhagen, S. 187).

Adolf Scheef befand sich also in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit (1933-1939) in der Situation, dass zwar seine Entscheidungsbefugnis gestärkt war, er gleichzeitig aber unter der verstärkten Kontrolle der Nationalsozialisten stand. Schönhagen wertet dies folgendermaßen: „Hatten Spannungen zwischen ihm und Ernst Weinmann bereits vor Einführung der neuen Gemeindeordnung den wachsenden Einfluss des NS-Fraktionsführers gezeigt, so musste Scheef sich nun, wo die Kontrolle des NSDAP nicht durch den Beauftragten der Partei, sondern auch durch den ersten Beigeordneten ausgeführt wurde, notgedrungen mit Weinmann arrangieren. Ohne dessen Zustimmung ging nichts mehr.“ (Schönhagen, S. 193)

Zu einer anderen Wertung kommt die Geschichtswerkstatt Tübingen. Sie hält Scheef für „einen nationalsozialistischen Oberbürgermeister ohne Parteibuch“ (Ulmer, S.23). Martin Ulmer bezeichnet in seinem Forschungsbericht „Zwangsweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934 und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus“ (Vorlage 520d/2008) Scheef als „willigen Diener des Nationalsozialismus“ (Ulmer, S. 17) und plädiert für eine Aberkennung der Ehrenbürgerwürde. Er macht dies vorrangig an folgenden Punkten fest:

- Ansiedlung zahlreicher Partei-Einrichtungen: u. a. die SA-Motorsportschule, die Reichsbräute- und die Reichssanitätsschule und die Schwesternschule.
- Kommunale Siedlungsvorhaben wie zum Beispiel beim Waldhörnle in Derendingen (heutige Gartenstadt)
- Freibadverbot für alle Juden und Fremdrassigen
- Lösung aller städtischen Geschäftsverbindungen zu Firmen mit jüdischen Inhabern
- Zahlreiche öffentliche Huldigungen des Führers Adolf Hitler und der Partei

Beispiele aus Scheefs Amtszeit (1933-1939)

Inwieweit Scheef aus nationalsozialistischer Überzeugung gehandelt hat, ist nach heutigem Kenntnisstand nicht eindeutig zu beurteilen. Die nachfolgenden drei Beispiele können nur stichprobenartig einzelne Vorgänge darstellen. Bei diesen Stichproben wurde deutlich, dass noch erheblicher Forschungsbedarf bezüglich Adolf Scheefs besteht. Auch die Expertinnen und Experten kommen nicht zu einhelligen Urteilen. Während Benigna Schönhagen die Rolle Scheefs nicht eindeutig geklärt sieht, wertet die Geschichtswerkstatt Scheef als gezielt handelnden NS-Kommunalpolitiker.

Die Ansiedlung von NS-Einrichtungen wurde in der Tat initiativ von Scheef betrieben, allerdings lässt sich schwer beurteilen, ob dies aus ideologischer Überzeugung geschah oder nicht vielmehr der Sorge der Tübinger Wirtschaftskraft geschuldet war, die er durch die Auflösung der Tübinger Studentenver-

bindungen gefährdet sah. Vergeblich bemühte sich Scheef auch um den Neubau einer Kaserne und die Errichtung einer neuen Universitätsfrauenklinik. Nach Quellenlage ergibt sich zum Beispiel bei der Reichssanitätsschule folgender Handlungsablauf: Am Sonntag, den 5.11.1933, erscheinen unangemeldet bei Oberbürgermeister Scheef Vertreter des Finanz- und Kultministeriums sowie der SA-Gruppe Südwest zwecks der möglichen Einrichtung einer Sanitätsschule in Tübingen. OB Scheef sichert - "um nichts zu versäumen" - sofort zu, dass die Stadt für die Mobiliareinrichtung aufkommt. Die Unterbringung ist noch unklar. Der Gemeinderat wird am 11.12.1933 informiert und folgt dem Antrag des Oberbürgermeisters.

Benigna Schönhagen wertet dies folgendermaßen: „Als Nicht-Nationalsozialist musste Scheef sein Bereitwilligkeit zur Förderung der nationalsozialistischen Aufbauarbeit immer wieder beweisen. Solange er die Befriedigung des nationalsozialistischen Raum- bzw. Finanzbedarfs mit seinen Interessen an einer Hebung der kommunalen Wirtschaftskraft durch Ansiedlung neuer Bildungseinrichtungen verknüpfen konnte, hatte er gegen die Forderungen der Partei und ihrer Gliederungen nichts einzuwenden.“ (Schönhagen, S. 198). Es stellt sich nichtsdestotrotz die Frage, ob die Stadtverwaltung nicht allzu schnell und bereitwillig auf die Forderungen der Partei einging. Nicht zuletzt erstand der Stadt dadurch ein hoher finanzieller Aufwand – Mittel, die an anderer Stelle, wie zum Beispiel die Erweiterung der Dorfschule in Lustnau, fehlten.

Für städtische Wohnungsbauprojekte fehlte es der Stadt in der Weimarer Republik an Kapital, aber auch an Grund und Boden. Im März 1936 verabschiedete der Gemeinderat das Programm für eine „Heimstättensiedlung“ im Steinlachtal. Es folgten weitere Siedlungshäuser in Lustnau. „Von der NSDAP angeregt und von ihr überwacht, verfolgte die städtische Kleinsiedlungspolitik vielmehr die Eigenumbildung einer politisch zuverlässigen und wirtschaftlich abgesicherten Bevölkerungsgruppe.“ (Schönhagen, S. 206).

Am 15. Mai 1933 fasste der Gemeinderat auf Antrag der NS-Fraktion den Beschluss, Juden und „Fremdrassigen“ den Zutritt zum städtischen Freibad zu verwehren. Die Geschichtswerkstatt wertet dies folgendermaßen: „Scheef bremste auch an keiner Stelle antisemitische Initiativen aus, was auf administrativem Wege durchaus möglich gewesen wäre. Im Gegenteil hatten das Freibadverbot, die Lösung aller städtischen Geschäftsverbindungen zu Firmen mit jüdischen Inhabern, die Ausgrenzung jüdischer Händler vom Wochenmarkt etc. doch seine volle Unterstützung.“ Das Gemeinderatsprotokoll vom 15. Mai 1933 scheint nicht ganz so eindeutig: Adolf Scheef trägt vor, dass es im Vorjahr (10.10.1932) eine lebhafte Aussprache über den Freibadbetrieb stattgefunden habe (Lärm, Sittlichkeitsfragen, etc.) und er dem Gemeinderat zugesagt habe, das Thema vor der Eröffnung der nächsten Saison noch einmal zu diskutieren. Offensichtlich wurden schon in anderen Sitzungen zuvor der Verstöße gegen die Sitten und die Dreiecksbadehose der Männer heftig diskutiert. Die NSDAP nutzte das Thema offenbar, um den Antrag auf Ausschluss von Juden und „Fremdrassigen“ zu stellen. In der anschließenden Diskussion im Gemeinderat gibt es keine einzige Wortmeldung zu diesem Verbot. Auch Adolf Scheef äußert sich weder dafür noch dagegen. Zu fragen wäre außerdem, wie offensiv die Stadtverwaltung dieses Verbot durchgesetzt hat.

Zeitzeugen

Zu einer vollständigen historischen Einordnung fehlen die Aussagen von Zeitzeugen. Es wäre sicherlich den Versuch wert, in dieser Hinsicht weiter zu forschen und auch die Nachkommen von Adolf Scheef zu befragen.

Der Stadtrat Simon Hayum äußert sich in seiner Biografie (Hayum, S. 162) folgendermaßen über Scheef: „Er hat alsbald umgeschwenkt und ist ‚furchtlos und treu‘ in den Dienst der nun herrschenden

Partei getreten. Ich entsinne mich meiner tiefsten Entrüstung, als ich ihn nicht lange nachher bei einem der Umzüge an einem Sonntag Vormittag Seite an Seite mit dem Ortsgruppenleiter der Nazis, dem Buchhandlungsangestellten Baumert, dem späteren Kreisleiter, im Wagen anscheinend hochbewegt durch die Strassen der Stadt fahren sah.“ Gleichzeitig hat Hayum die Vermutung, dass Scheef ihn anonym vor der Gestapo gewarnt hat: „Am 1. Februar 1939 verlassen Simon und Hermine Hayum Tübingen fluchtartig. Am Abend zuvor werden sie – wie ihr Enkel Reynold Koppel später schildert – von einem Anrufer mit verschleierter Stimme – vermutlich Oberbürgermeister Scheef – gewarnt, eine Verhaftung durch die Gestapo stehe unmittelbar bevor.“ (Hayum, S. 47).

Im Gespräch mit Benigna Schönhagen beschrieb der ehemalige Ratsschreiber Rudolf Hartter 1979 Adolf Scheef als unfreiwilligen Erfüllungsgehilfen des Regimes: „Ja, der Scheef hat eben tun müssen, wie der Herr Weinmann gepfiffen hat.“ (Schönhagen, S. 187).

Das Stadtarchiv Heilbronn hat 2012 eine weitere Quelle ausgemacht. In den Tagebüchern von Emil Beutinger (OB in Heilbronn bis 1921 bis 1933 und von 1945-1946) findet sich folgender Hinweis: „Dabei erfuhr ich, dass 1932 Murr und Mergenthaler an Dr. Maier herangetreten waren mit dem Vorschlag, er solle als Wirtschafts- und Justizminister in eine zu bildende nationalsozialistische Regierung eintreten. Maier hat es abgelehnt. Ein zweites Mal wurde der Versuch gemacht – dabei kam mit den beiden Genannten auch der Landtagsabgeordnete Scheef – Oberbürgermeister von Tübingen. Scheef hatte im Sinne Murrs auf Maier einzuwirken versucht und sich dabei erboten, die demokratische Partei für diesen Gedanken zu gewinnen. Auch Bruckmann war dabei anwesend – hielt sich aber zurück. Das Verhalten von Scheef in seiner doppelzüngigen Weise ist der Grund warum Scheef als einer der wenigen Ortsvorsteher im Amt blieb.“ (Stadtarchiv Heilbronn D079-16).

Literatur

Hayum, Simon: Erinnerungen aus dem Exil. Lebensweg eines Tübinger Bürgers. Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Tübingen. Tübingen 2005.

Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz. Tübingen 1991

Ulmer, Martin: Zwangsweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934 und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus (März 2012, Vorlage 520d/2008).